

Presseinformation

1. Oktober 2007

SPÖ fordert mehr Einrichtungen zur Tagesbetreuung

Die Pflege sei auch in Niederösterreich eine der größten Herausforderungen, die es zu bewältigen gebe, sagte heute, Montag, 1. Oktober, Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi in St. Pölten in einer Pressekonferenz. Viele Verbesserungen im Pflegebereich seien bereits umgesetzt worden. So etwa der Ausbau der Hauskrankenpflege; durch die mobilen Dienste werden etwa 14.000 NiederösterreicherInnen betreut, sagte Onodi. Dazu investiere das Land in den nächsten fünf Jahren in den Ausbau und die Modernisierung der Landespflegeheime mehr als 200 Millionen Euro. Trotz dieser Maßnahmen würden aber laut einer von der SP Niederösterreich durchgeführten Befragung 38,5 Prozent Handlungsbedarf in der Altenpflege und der Betreuung sehen.

Die älteren Menschen würden mehr Einrichtungen zur Tagesbetreuung und zur Kurzzeitpflege brauchen, so der Zweite Präsident des NÖ Landtages, Ewald Sacher. Diese müssten in der Nähe ihrer Wohnung oder ihrer Gemeinde angeboten werden. Einige Gemeinden würden den Betrieb solcher Zentren mit großem Finanzaufwand ermöglichen. Rund 800 bis 1.000 Menschen in Niederösterreich würden laut Sacher eine Tagesbetreuung brauchen, vorhanden seien 150 bis 180 Plätze.

Pflegebedürftige Menschen müssten bei der Unterbringung in Landesheimen die Kosten für Pflege und Betreuung mit 80 Prozent ihres Einkommens sowie mit dem Pflegegeld unter Abzug eines Taschengelds bestreiten, sagte der Präsident des Pensionistenverbandes NÖ, Hannes Bauer. Reicht dieser Betrag nicht aus, wird auf das Vermögen des Pflegebedürftigen zugegriffen, sofern dieses mehr als 5.013 Euro beträgt; mit 1. Juli 2007 wurde diese Grenze auf 10.000 Euro erhöht. Würden diese Maßnahmen nicht ausreichen, bestehe ein Regressanspruch sowohl gegenüber Eheleuten als auch gegenüber Kindern, erklärte Bauer. Eine dringend notwendige Abhilfe sei nur dann möglich, wenn die Vermögensgrenze beim Pflegebedürftigen wegfallt und die Regressansprüche aufgehoben werden. Gefordert wird auch eine öffentliche, bundesweite Pflegeversicherung als Teil der solidarischen Versicherungsfinanzierung.